



Die Anlage in Neckarwestheim gehört zu den drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerken. Sie sollen maximal bis zum 15. April 2023 weiterlaufen können.

Foto: Alfred Drossel

Heute soll im Bundestag über die Laufzeitverlängerung der letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke Deutschlands abgestimmt werden. Zuvor gab es im Parlament noch einmal heftige Debatten.

Weiter Streit ums Atom

BERLIN/NECKARWESTHEIM
VON HAGEN STRAUß

Steffi Lemke ist gleich bei der Sache. Die Umweltministerin ist nicht begeistert, aber es gibt Zwänge. Deswegen: Dreieinhalb Monate fortgesetzter Betrieb der drei noch laufenden Atomkraftwerke in Deutschland sei in einer Ausnahmesituation wie für diesen Herbst und Winter zu vertreten, wenn auch ungerne. Dreieinhalb Monate Atomkraft in Deutschland kommen nun also obendrauf, aber eben keinen Tag länger. „Deswegen ist es richtig, dass es mit dieser Gesetzesnovelle beim Atomausstieg in Deutschland bleibt. Punkt.“ Die Umweltministerin redet im Bundestag über ein – auch in der Ampelkoalition – heftig umstrittenes Gesetzesvorhaben: die Änderung des Atomgesetzes.

Über Monate hatten Grüne und FDP darüber gestritten, wie lange Deutschland zur Sicherung der eigenen Energieversorgung in diesem Winter noch Atomkraft nutzen soll. Streckbetrieb mit Nutzung der gebrauchten Kern-

brennstäbe bis zum nächsten Frühjahr, wie es zunächst die Grünen wollten. Oder tatsächlich längere Atomlaufzeiten bis 2024, wie es FDP-Chef Christian Lindner ins Gespräch gebracht hatte. Am Ende musste Olaf Scholz (SPD) tatsächlich die Keule der Richtlinienkompetenz als Bundeskanzler schwingen: Restbetrieb der drei Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland bis 15. April 2023. Und Ruhe sollte sein im Ampel-Karton.

Aber vor der für heute angepeilten Entscheidung schafft der Atomstreit neues Spaltmaterial im Bundestag: zwischen Ampelkoalition und Opposition. Lemke verhehlt nicht, dass es ihr persönlich lieber gewesen wäre, es hätte erst gar nicht zu dieser Gesetzesnovelle mit einem bis zum 15. April kommenden Jahres längeren Betrieb der drei letzten Meiler kommen müssen. Aber der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe die Dinge nun einmal grundlegend verändert. Vor allem: 16 Jahre unionsgeführte Bundesregierung hätten zu einem „verhängnisvollen Pakt mit billi-



Das Thema des Tages

Atomkraftwerke
Bundestag stimmt über Laufzeit ab

• **Hitzige Debatte**

Heute entscheidet der Bundestag über eine längere Laufzeit für die drei verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland. Zuvor schon gab es bei einer Befragung der Umweltministerin im Parlament eine hitzig geführte Debatte.

• **Einigkeit**

In der Frage der längeren Laufzeiten für die Atomkraftwerke sind sich die Wahlkreisabgeordneten aus Ludwigsburg und Neckar-Zaber einig.

gem Gas“ und zu dieser „Erpressbarkeit“ durch Russland geführt. Für die Grünen-Politikerin steht bei dieser Debatte im Bundestag weiter fest, dass die Folgen der Atomkraft im Falle eines Angriffs oder Unfalls „gefährlich“ blieben. Für Lemke ist abgemacht: „Atomkraft ist nicht die Zukunft, sondern Vergangenheit.“ Deshalb bitte sie um Zustimmung zu dieser geplanten Änderung des Atomgesetzes.

Da kann die CSU-Abgeordnete Anja Weisgerber danach noch so sehr darauf verweisen, dass ein Ausstieg, wie ihn die Ampel nun beschließe, eben einen Weiterbetrieb mit der Nutzung neuer Kernbrennstäbe nicht mehr möglich mache. Dies müsse das Land wissen. Lemke kontert, CDU und CSU versuchten mit ihrer Stimmungsmache gegen den Streckbetrieb der Ampel nur ihre Schmerzen über den „Ausstieg vom Ausstieg“ zu verarbeiten. 2011 hatte die damalige schwarz-gelbe Koalition nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima beschlossen, aus dem zunächst eingeleiteten

Wiedereinstieg in die Atomkraft in Deutschland wieder auszusteigen.

Lemke ist auch Ministerin für nukleare Sicherheit im Kabinett Scholz. „Haben Sie die Reaktorsicherheitskommission konsultiert?“, fragt die Unionsfraktion. Lemke reagiert empört. Selbstredend habe ihr Ministerium „alle zuständigen Behörden in unsere Abwägung einbezogen. Alles andere wäre fahrlässig“, betont Lemke – inklusive der Gespräche mit den Betreibern der drei noch laufenden Atomkraftwerke. „Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie verzichten also auf die klimafreundliche Kernenergie. Was ist das für ein Signal an die Klimakonferenz?“, fragt CSU-Abgeordnete Weisgerber.

Lemke kontert, es seien seinerzeit doch CDU/CSU und FDP gewesen, die „mit einem glasklaren Ja“ den Ausstieg aus der Atomkraft zum 31. Dezember dieses Jahres beschlossen hätten. Lemke an Weisgerber: „Das müssen Sie selbst beantworten, warum Sie den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen haben.“

Manipulationsvorwürfe
Umweltministerin weist Anschuldigungen zurück

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hat im Bundestag den Vorwurf zurückgewiesen, im Frühjahr eine Prüfung zum Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke aus politischen Gründen manipuliert zu haben. „Diese Vorwürfe weise ich auf das Entschiedenste zurück“, sagte Lemke auf entsprechende Fragen des Ludwigsburger Unionsabgeordneten Steffen Bilger (CDU). Hintergrund der Vorwürfe sind Medienberichte über regierungsinterne Schriftwechsel in den beiden Häusern. Laut diesen Berichten gibt es in der internen Kommunikation in Wirtschafts- und Umweltministerium Hinweise darauf, dass es im März keine ergebnisoffene Prüfung zur Frage des Weiterbetriebs der AKW gegeben habe. Einen eindeutigen Beleg für diese Vorwürfe gibt es aber nicht. (red)

UMFRAGE

Auf einer Linie: Wahlkreisabgeordnete wollen längerer Laufzeit zustimmen



Ich stimme für den Gesetzentwurf der CDU/CSU und für eine Laufzeitverlängerung bis zumindest 2024. Zur Vermeidung einer Stromlücke fährt die Koalition die Kohlekraftwerke hoch. Das schadet dem Klima. Eine befristete Weiternutzung über den April 2023 verringert den CO₂-Ausstoß, die Strompreise und das Black-out-Risiko. Der Vorschlag der Ampel ist hingegen ein völlig unzureichender Minimal-Konsens.

Steffen Bilger
Bundestagsabgeordneter (CDU)



Ich werde für den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion stimmen, der eine Laufzeitverlängerung der drei Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2024 vorsieht. Wir brauchen die sicheren und klimafreundlichen Kernkraftwerke, um unsere Stromversorgung auch im Winter 2023/24 abzusichern, die Kohleverstromung und damit den CO₂-Ausstoß zu begrenzen und die Strompreise für Haushalte und Betriebe zu senken.

Fabian Gramling
Bundestagsabgeordneter (CDU)



Ich stimme für den befristeten Weiterbetrieb der drei Kernkraftwerke. Ja, Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie. Ich halte den Betrieb bis Mitte April 2023 aber für vertretbar und notwendig, um eine stabile Energieversorgung über den Winter zu sichern. Wichtig ist, dass dabei keine neuen Brennelemente eingesetzt werden dürfen, so dass auch keine zusätzlichen Atomabfälle entstehen.

Macit Karaahmetoğlu
Bundestagsabgeordneter (SPD)



Ich werde im Bundestag für die zeitlich befristete Laufzeitverlängerung stimmen. Damit sichern wir die Energieversorgung in einer schweren fossilen Energiekrise aufgrund des russischen Angriffskriegs. Aber klar ist auch: Im April 2023 ist endlich Schluss mit der Atomkraft in Deutschland. Wir konzentrieren uns jetzt auf die Frage des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung und der Effizienz.

Dr. Sandra Detzer
Bundestagsabgeordnete (Grüne)



Es müssen alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die von der Ampelkoalition zu verantwortende Energiekrise zu bewältigen. Dazu gehört zwingend, die AKW-Laufzeiten zu verlängern. Und zwar über 2023 hinaus. Denn jede Kilowattstunde zählt, um dauerhaft Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Energiepreise zu senken. Ich werde daher den Anträgen zustimmen, die dies gewährleisten.

Martin Hess
Bundestagsabgeordneter (AfD)



Der Laufzeitverlängerung für unsere Kernkraftwerke stimme ich selbstverständlich zu. Die Blockade der Kernenergie durch die Regierung ist pure Ideologie, die uns nicht nur in die Abhängigkeit von Russland führt, sondern auch unseren Wohlstand zu vernichten droht. Die AfD fordert den Wiedereinstieg in die Kernkraft, die heute viel sicherer ist und sogar von der EU zur grünen Energie erklärt wurde.

Dr. Marc Jongen
Bundestagsabgeordneter (AfD) (hdw)